

Büchel: Schwarz-Gelb verhindert Atombombenabzug Rot-Grün in Rheinland-Pfalz toleriert Merkels Antifriedenspolitik

Von Dr. Wilhelm Vollmann/Vulkaneifel



In ihrem Koalitionsvertrag haben Merkel (CDU) und Westerwelle (FDP) ursprünglich abgemacht, gemeinsam für den Abzug der nach dem Kalten Krieg in der Bundesrepublik Deutschland verbliebenen Atomwaffen einzutreten. Der Abzug der in Büchel/Eifel für den Deutschen Gebrauch im "Krisenfall" bereitgehaltenen B-61-Atombomben sollte deshalb in die geplante Überarbeitung des NATO-Strategiekonzepts einfließen.

Ein neues strategisches NATO-Konzept ist jedoch bis heute nicht beschlossen. Deshalb gilt noch immer das aus Zeiten des kalten Kriegs stammende Konzept der "Nuklearen Teilhabe". Danach können auf der Basis einer Freigabe durch den US-Präsidenten im „Krisenfall“ auch die in Büchel stationierten deutschen Tornados mit den dort bereit gehaltenen US- Atombomben bestückt und von den deutschen Piloten des Jagdbomber-Geschwaders 33 der Bundeswehr abgeworfen werden.

Jetzt hat sich überraschend diese bis dahin unter der Decke gehaltene atomare Abrüstungsfrage neu gestellt. Die Ankündigung der US-Regierung, ihre uralten „taktischen“ Atomwaffen doch nicht zu vernichten und sie stattdessen mit enormem finanziellem Aufwand zu „modernisieren“, gilt auch für die in Büchel bereit gehaltenen US-Atombomben vom Typ B 61. Diese sind bereits vor vielen Jahren schon einmal „modernisiert“ worden: Es handelt sich dabei ursprünglich um die Atomsprengköpfe der unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) nach dem so genannten NATO-Doppelbeschluss in der alten Bonner Republik aufgestellten Mittelstreckenraketen Pershing II und BGM-109 Tomahawk.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat zwar ursprünglich vereinbart, die in Büchel/Eifel verbliebenen US-Atombomben so schnell wie möglich los zu werden, hat aber diesen „Guten Vorsatz“ angesichts der neuen Situation prompt über Bord geworfen. Die Regierung Merkel hat sich wieder einmal als treuer Vasall der USA für die Beibehaltung der „Nuklearen Teilhabe“ entschieden.

Auch deren Trägerflugzeuge, die am Eifelfliegerhorst in Büchel stationierten Bundeswehr-Tornados des Jabo-Geschwaders 33 sind inzwischen 30 Jahre alt und stammen aus dem Jahre 1982. Sie sollten eigentlich bis 2020 „aus dem Verkehr“ gezogen und durch die sündhaft teuren „Eurofighter“ ausgetauscht werden.

Der als Tornadoersatz vorgesehene Eurofighter ist jedoch als Trägerflugzeug für die B-61-Atombomben ungeeignet und kann auch nicht nachträglich dazu umgebaut werden. Deshalb hat sich die Bundesregierung entschieden, ihre in Büchel stationierten Tornados ebenfalls zu modernisieren, um sie mangels Alternative auch weiterhin als Atombombenträger zu benutzen.

Der rheinland-pfälzische Bundestagsabgeordnete Alexander Ulrich MdB für **DIE LINKE**: „Die überwältigende Mehrheit der Deutschen will wie wir den endgültigen Abzug und die Vernichtung der US-Atombomben. Auch der Deutsche Bundestag und der rheinland-pfälzische Landtag haben sich quer über alle Fraktionen nachdrücklich für einen alsbaldigen Abzug ausgesprochen. Bis heute ist aber dennoch nichts passiert.“



Alexander Ulrich weiter: „Es ist unerträglich, dass sich die Bundesregierung offensichtlich um das genaue Gegenteil bemüht und alles daran setzt, diese barbarischen Waffen möglichst lange in Deutschland zu behalten.“ Ulrich weiter: „Bemerkenswert ist auch die sehr

zweifelichtige Haltung der Rheinland-Pfälzischen Landesregierung und ihrer rot-grünen Koalition. Sowohl Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) als auch seine Stellvertreterin Eveline Lemke (GRÜNE) halten sich in der Frage des Atomwaffenabzugs aus Rheinland-Pfalz bedeckt.“

Zum Atombombenskandal in Büchel herrscht in Rheinland-Pfalz das große Schweigen

"Wir haben aber nicht vergessen", so Alexander Ulrich für die LINKE, „dass Kurt Beck bereits mehrfach vor dem Mainzer Landtag versprochen hat, sich mit ganzer Kraft gegenüber der Bundesregierung und dem Bundesrat für den Abzug aller Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz zu engagieren. Dazu passt es nicht, dass die rot-grüne Landesregierung es offensichtlich vorzieht, auch in dieser Frage Versteck zu spielen.“



Auch die **GRÜNEN** selbst mit ihrer Ministerinnen-Troika bleiben als eigenständige Landtagsfraktion wie so oft lieber auf der Tauchstation. Obwohl sie bei den einschlägigen Demonstrationen in Ramstein/Pfalz und in Büchel/Eifel nach wie vor ihre Abrüstungs- und Friedenswimpel flattern lassen, zeigen sie im Mainzer Landtag nicht das geringste Engagement für die atomare Abrüstung und den Abzug der US-Atombomben aus Büchel - dies, obwohl sie doch noch im März 2011 das Wahlversprechen abgegeben haben, die US-Atombomben in Büchel und Ramstein sollten ein für alle Mal verschwinden.

Ähnlich verhält sich die rheinland-pfälzische SPD. Hering, Lewentz und die anderen SPD-Großkopfeten mühen sich in Sachen US-Atombomben in Büchel und der von der Bundesregierung geplanten Nachrüstung der Tornados des Jabo-Geschwaders 33 um das gleiche Schweigen. Dass sie letztendlich den friedensfeindlichen Plänen der Bundesregierung dennoch zustimmen werden, steht aber außer Zweifel.

Demgegenüber erklärt der dem linken Parteiflügel zugerechnete SPD-Außenpolitiker Gernot Erler MdB, die "vollmundigen Ankündigungen" von Kanzlerin Merkel und ihres Außenministers Westerwelle, dass die US-Atomwaffen so schnell wie möglich aus der Bundesrepublik verschwinden werden, hätten sich als „Luftnummern“ erwiesen.